

Medienmitteilung
21. Mai 2026

Das nachhaltige Gewerbe stimmt Nein zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»

Am 14. Juni 2026 wird das Schweizer Volk über die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» abstimmen. Die Mitglieder von Der Gewerbeverein haben Stellung bezogen: 92 % der Mitglieder, die an der Umfrage teilgenommen haben, lehnen die Initiative klar ab. Aus Sicht der Mitgliedsunternehmen gefährdet diese die wirtschaftliche Stabilität, die soziale Sicherheit und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Wirtschaftliche Risiken und Fachkräftemangel – bereits ab 9,5 Millionen

Die Initiative sieht vor, dass bereits beim Überschreiten der 9,5-Millionen-Grenze restriktive Massnahmen greifen. Dazu gehören Einschränkungen im Asylbereich, beim Familiennachzug sowie die Anrufung von Schutzklauseln in internationalen Abkommen. Diese Massnahmen würden die Rekrutierung von dringend benötigten Fachkräften erschweren.

Die Schweiz ist auf qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Branchen wie Handwerk, Gastronomie, Gesundheitswesen, IT und Baugewerbe sind bereits heute auf Zuwanderung angewiesen, um den Bedarf an Fachkräften zu decken. Laut Berechnungen des Schweizer Arbeitgeberverbands werden in den nächsten zehn Jahren fast 300.000 Arbeitskräfte fehlen, da die einheimische Bevölkerung altert und weniger erwerbstätige Personen zur Verfügung stehen. Das Freizügigkeitsabkommen (FZA) mit der EU ermöglicht einen flexiblen und unbürokratischen Zugang zu Arbeitskräften aus dem EU/EFTA-Raum. Eine starre Begrenzung der Zuwanderung würde diesen Mangel verschärfen, Arbeitsplätze gefährden und zu höheren Lohnkosten, Produktionsengpässen und einem Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit führen.

Belastung der Sozialversicherungen und steigende Kosten

Eine Begrenzung der Zuwanderung hätte direkte Auswirkungen auf die Finanzierung der Sozialversicherungen, insbesondere der AHV und IV. Durch die alternde Bevölkerung steigt das Verhältnis von Rentnerinnen und Rentnern zu Erwerbstätigen. Weniger Beitragszahler:innen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben für Renten und Sozialleistungen würden die Finanzlage der Sozialwerke weiter belasten. Dies könnte zu höheren Steuern oder Leistungskürzungen führen. Zudem würde die Initiative steuerliche und administrative Belastungen für KMUs mit sich bringen, was die Profitabilität und Investitionsfähigkeit vieler Unternehmen beeinträchtigen würde.

Gefährdung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und politische Konsequenzen

Das Freizügigkeitsabkommen mit der EU ist ein zentraler Pfeiler der Schweizer Wirtschaft. Eine Kündigung oder Einschränkung dieses Abkommens – wie in der

Initiative vorgesehen – würde die Personenfreizügigkeit einschränken und zu bürokratischen Hürden, Investitionsrückgängen und einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit führen. Zudem würde die Kündigung des FZA automatisch die Schengen- und Dublin-Assoziierungsabkommen gefährden (Guillotine-Klausel). Dies hätte massive Konsequenzen für die innere Sicherheit (z. B. automatischer Datenaustausch, gemeinsame Fahndung), den Handel mit der EU und die politische Glaubwürdigkeit der Schweiz.

Bürokratie und administrativem Aufwand für KMUs

Die Umsetzung der Initiative würde zu einem massiven bürokratischen Mehraufwand führen. KMUs wären davon besonders betroffen, da sie weniger Ressourcen für die Bewältigung von Bürokratie haben:

- Kontrolle der Bevölkerungsentwicklung und Durchsetzung der Massnahmen wären mit hohem administrativem Aufwand verbunden.
- KMUs müssten zusätzliche Dokumentation und Nachweise erbringen, was zu höheren Kosten und Zeitaufwand führt.
- Unsicherheit bei der Personalrekrutierung: KMUs könnten keine zuverlässigen Pläne für ihre Personalbeschaffung machen, was zu Investitionshemmnissen führt. Die Initiative würde also nicht nur Fachkräfte abschrecken, sondern auch diejenigen Unternehmen belasten, die bereits heute mit Personalmangel kämpfen.

Scheinargumente, Spaltung und Isolation

Die Initiative gibt vor, ökologische und nachhaltige Ziele zu verfolgen. Doch die Argumente der Befürworter:innen sind scheinheilig. Die Schweiz hat bereits heute eine der tiefsten Geburtenraten Europas (1,3 Kinder pro Frau). Die wahre Zielgruppe der Initiative sind nicht die Schweizer Bürger:innen, sondern ausländische Staatsangehörige – insbesondere Schutzsuchende und Arbeitsmigrant:innen. Dabei ist die Schweiz auf Zuwanderung angewiesen, um den Arbeitsmarkt zu bedienen und die Sozialwerke zu finanzieren. Statt Lösungen für echte Herausforderungen wie Umwelt- und Klimaschutz zu bieten, setzt die Initiative auf Abschottung, Spaltung und Populismus. Sie würde die Schweiz von der EU isolieren und die Zusammenarbeit mit unserem wichtigsten Handelspartner gefährden.

Der Gewerbeverein sagt klar NEIN zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» und empfiehlt seinen Mitgliedern und der Bevölkerung, die Initiative abzulehnen. Sie gefährdet Arbeitsplätze, Sozialwerke und die internationale Stellung der Schweiz. Statt auf Abschottung zu setzen, braucht es Lösungen, die Wirtschaft, Soziales und Nachhaltigkeit in Einklang bringen.

Für Rückfragen steht Ihnen zur Verfügung:

Christophe Barman
Co-Präsident

christophe.barman@dergewerbeverein.ch

+41 79 462 51 44

Der Gewerbeverein setzt sich für eine zukunftsfähige Wirtschaft ein, welche die planetaren Grenzen einhält und die soziale Gerechtigkeit respektiert. Er vertritt die Stimme von rund 1'100 Klein- und Kleinstunternehmen auf nationaler und regionaler Ebene und setzt sich für Rahmenbedingungen ein, die eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz fördern. Gemäss seinen Statuten konsultiert er seine Mitglieder bei der Ausarbeitung seiner Stellungnahmen direkt und widerspiegelt so direkt die Anliegen und Bedürfnisse der Unternehmer:innen. www.dergewerbeverein.ch